

# DERSTANDARD

Startseite › Wissenschaft › **Forschung Spezial**

GESELLSCHAFTSPOLITIK

## **"Homosexuelle waren in Russland die leichtesten Opfer"**

Kristina Stoeckl beschäftigt sich mit moralkonservativen Akteuren in Russland und ihren Allianzen in den Westen. Sie ortet eine Politik zur Verteidigung der traditionellen Werte

**INTERVIEW** Christine Tragler 2. März 2017, 08:00 194 Postings



Rechtskonservative Familienideale, starre Geschlechterbilder und erstarkender Nationalismus: Was Putins Russland und Trumps USA verbindet.

Foto: imago/ZUMA Press



Kristina Stoeckl erforscht strategische Allianzen zwischen Russland und dem Westen aus religions- und politiksoziologischem Blickwinkel.

Foto: Foto Jelinek/Saalfelden



"Die Ehe kann ihre Gesundheit gefährden" steht auf dem Schild, das bei einer der wenigen Protestkundgebungen gegen die Bagatellisierung häuslicher Gewalt in Russland hochgehalten wurde.

Foto: Sergei Fadeichev/Tass/pictur

**STANDARD:** In Ihrer Forschung setzen Sie sich am Beispiel der russisch-orthodoxen Kirche mit den strategischen Verbindungen konservativer Akteure in Russland auseinander. Welche Allianzen gibt es in die USA und nach Westeuropa?

**Stoeckl:** Es gibt Verbindungen von christlichen Gruppen in Russland, die das Mehrfamilienmodell mit Heimunterricht nach amerikanischem Vorbild propagieren und die in Russland orthodoxe christliche Privatschulen gegründet haben. Ein

weiteres Beispiel ist der World Congress of Families. Das ist eine international agierende NGO, die 1997 von einem Russen und einem Amerikaner gegründet wurde. In jährlich abgehaltenen Kongressen kommen sogenannte Pro-Family-NGOs zusammen – sie agieren überkonfessionell: Es nehmen Mormonen, Orthodoxe, evangelikale Christen und Katholiken teil. Diese Gruppen haben in ihren Herkunftsländern Verbindungen in die Politik, vor allem mit dem rechtspopulistischen Spektrum.

**STANDARD:** Inwiefern handelt es sich hier um eine transnationale Anti-Gender-Mobilisierung?

**Stoeckl:** Es gibt eine transnationale Anti-Gender-Mobilisierung, und sie ist ganz konkret. Ich würde das Phänomen aber weiter fassen als Anti-Gender. In meiner Forschung spreche ich von traditionalistischen oder moralkonservativen Akteuren. Die Konflikte drehen sich nicht nur um Gender- und Frauenrechte, sondern auch um Ausdrucks- und Meinungsfreiheit. Die Akteure dieser Bewegung tauschen Ideen und Vorschläge aus, wie man auf nationaler Ebene Gesetze beeinflussen kann und erfolgreich Themen in die Öffentlichkeit trägt.

**STANDARD:** Sind in der Bewegung auch Frauen anzutreffen?

**Stoeckl:** Sehr viele Frauen sind aktiv an diesen Bewegungen beteiligt – in Russland, in den USA, in Europa. Das mag auch mit einer neuen Strategie der Pro-Family- und Pro-Life-Agenda zusammenhängen, die sich verstärkt als alternative feministische Agenda versteht, eine, die wirklich für die Rechte der Frau einstehe – für die Rechte, Frau zu sein. Die Akteurinnen argumentieren dann, dass es ja natürlich sei für eine Frau, Kinder zu bekommen.

**STANDARD:** Auf welche gemeinsamen Feindbilder wird zurückgegriffen?

**Stoeckl:** Die Anti-Gender-Mobilisierung hat den liberalen Westen zum Feindbild. Man trifft sich ideologisch in einem legalen Nationalismus. Alle moralkonservativen Bewegungen sind gegen die EU, gegen die Uno, gegen den Europarat – alles, was die Gesetzgebung über den Nationalstaat hinausbringt. In diesem Sinn sind sie auch gegen alle Menschenrechtsinstrumente und gegen den EuGH.

**STANDARD:** Welche Bedeutung kommt hier der russisch-orthodoxen Kirche zu?

**Stoeckl:** Die russisch-orthodoxe Kirche hat bereits früh erkannt, dass die internationalen Verträge Russland Rechtsnormen nahelegen werden, die die Kirche nicht unterstützt. Etwa zur sexuellen Aufklärung und zu den Prinzipien der Gendertoleranz in den Schulen. Konkret hat die Kirche in den 1990er- und 2000er-Jahren Vorarbeit geleistet, was die Politik der traditionellen Werte anbelangt. Erst 2012, als Wladimir Putin zum dritten Mal das Amt des Präsidenten übernommen hat, wird diese Agenda Regierungsprogramm.

**STANDARD:** Inwiefern gehen dabei Retraditionalisierung und Nationalismus Hand in Hand?

**Stoeckl:** Der Zusammenhang ist ganz eindeutig. Aus russischer Sicht geht es um eine Erstarkung des sogenannten Volkskörpers. Dazu braucht man Familien, die in großer Zahl Kinder bekommen. Deshalb müssen Frauen wieder in die traditionelle Mutterrolle gedrängt werden. Diesem Bild vom starken patriarchalen Staat entspricht das Bild der patriarchalen Familie.

**STANDARD:** Wie populär sind konservative Geschlechterbilder in Putins Russland?

**Stoeckl:** Gendergerechtigkeit ist den Traditionalisten ein Dorn im Auge. Das erste Kampffeld war der homosexuelle männliche Körper. Homosexualität wird im russischen Kontext vorwiegend mit männlicher Homosexualität identifiziert. Mit dem Gesetz "gegen homosexuelle Propaganda", das 2012 verabschiedet wurde, sollten etwa Gay-Pride-Paraden in russischen Städten unterbunden werden. In der Bevölkerung ist das mit Wohlwollen aufgenommen worden. Seit der Sowjetzeit, in der Homosexualität als Delikt galt, ist Toleranz gegenüber Homosexuellen überhaupt nicht verbreitet. Homosexuelle waren in Russland die leichtesten Opfer.

**STANDARD:** Weltweit nimmt die Antiabtreibungsbewegung Fahrt auf. Erleben wir gegenwärtig einen Backlash, der sich im Angriff auf das Recht auf Abtreibung manifestiert?

**Stoeckl:** Wir erleben tatsächlich einen Backlash, der sich zum einen anhand der Antiabtreibungsbewegung in den osteuropäischen postkommunistischen Ländern und zum anderen anhand der Pro-Life-Bewegung in den USA zeigen lässt.

**STANDARD:** Warum wird Abtreibung in den postkommunistischen Ländern wieder

infrage gestellt?

**Stoeckl:** In der Sowjetunion und in mehreren Staaten in ihrem Einflussbereich war Abtreibung seit den 1950er-Jahren als legitimes Mittel der Familienplanung weitverbreitet – auch weil Verhütungsmittel kaum verfügbar waren und es keine ausreichende Aufklärung gab. Dass die Abtreibungspraxis in diesen Ländern jetzt infrage gestellt wird, interpretiere ich als Aufarbeitung der postkommunistischen Vergangenheit. Interessant ist aus der Sicht der Forschung, wie diese Auseinandersetzung in den postkommunistischen Ländern erfolgt. Ich beobachte hier vor allem in Russland, weniger in Polen, die Einflussnahme durch die Pro-Life-Bewegung aus den USA.

**STANDARD:** Und der Aufwind der Pro-Life-Bewegung in den USA?

**Stoeckl:** Die Pro-Life-Bewegung in Amerika hat eine lange Tradition. Das Thema Abtreibung war seit jeher das Steckenpferd der christlichen Rechten. Mit Donald Trump haben die USA wieder einen republikanischen Präsidenten, der sich an die Spitze von Pro-Life stellt – das haben George W. Bush und Ronald Reagan zuvor auch getan. Ein Grund dafür, dass Pro-Life jetzt wieder wichtiger wird, ist meiner Vermutung nach ihre verlorene Schlacht um Homosexuellenrechte. Die Ehe für Lesben und Schwule ist durch ein Urteil des Supreme Court aus dem Jahr 2015 in den USA überall legal. Das war eine große Niederlage für die christliche Rechte in Amerika.

**STANDARD:** In der Duma wurde aktuell ein Gesetz novelliert, das den Strafrahmen für häusliche Gewalt herabsetzt. Warum gab es dazu kaum öffentliche Debatten?

**Stoeckl:** Ich war in der Woche, in der die Novellierung des Gesetzes beschlossen wurde, in Moskau. Ich habe eine einzige kleine Demonstration gesehen. Gleichzeitig war ich bei einer kirchlichen Veranstaltung, dort waren alle ganz erfreut über diese Gesetzesänderung. Es wurde derart kommuniziert, als wäre es normal, dass in der traditionellen russischen Familie Gewalt gegen Frauen und Kinder ausgeübt wird. Seit 2012 werden in Russland Gesetze wie diese verabschiedet – und es gibt wenig Protest. Erst kam ein Gesetz gegen das Fluchen, dann gegen "homosexuelle Propaganda", eine Vorschrift gegen die Verletzung religiöser Gefühle. Diese Novelle zur Bagatellisierung häuslicher Gewalt steht in einer Reihe repressiver Gesetze, die Moralthemen zum Vorwand nehmen, um das Heranreifen einer offenen Gesellschaft einzuschränken. (Christine Tragler, 2.3.2017)

**Kristina Stoeckl** (39) ist Assistenzprofessorin am Institut für Soziologie der Universität Innsbruck. Für ihr Forschungsprojekt "Postsecular Conflicts" erhielt sie 2015 den Start-Preis des FWF und einen ERC-Starting-Grant.

## Wie wäre Ihr Alltag ohne den STANDARD?

DER STANDARD begleitet Sie den ganzen Tag. Vom Frühstückstisch über den Arbeitsweg bis hin zu den kleinen Pausen zwischendurch mit aktuellen Informationen in unterschiedlichen Livetickern – DER STANDARD analysiert und kommentiert für Sie das Weltgeschehen. Dahinter steckt viel Arbeit, für die Ihre Unterstützung sehr wertvoll ist.

**Unterstützen Sie den STANDARD, wenn Sie das Angebot und die Arbeit schätzen! Ihr Beitrag fließt in den Ausbau der Redaktion. Einmalig oder fortlaufend schon ab 3 Euro.**

[Alle Informationen zum STANDARD-Supporter](#)

[Unterstützen](#)

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2021

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.  
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

rid:0HMB33AJ4952H:00000001|rts:1629729654184|mc:1785d81920f1|ed:At|ap:|br:na|hs:na|gd:na|np:at:/wissenschaft/forschungsspezial|ci:5d9d7615-7caa-5bfb-8b43-23ab9631e7f1